

Nachstehend wird die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit (Entschädigungssatzung) der Stadt Pirna in der seit 25.05.2018 geltenden Fassung wiedergegeben. Darin sind berücksichtigt:

1. die Entschädigungssatzung der Stadt Pirna vom 26.01.2010, öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt der Stadt Pirna „Pirnaer Anzeiger“ Nr. 03/2010 am 10.02.2010;
2. die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Tätigkeit, öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt der Stadt Pirna „Pirnaer Anzeiger“ Nr. 13/2016 am 13.07.2016;
3. die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Tätigkeit, öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt der Stadt Pirna „Pirnaer Anzeiger“ Nr. 3/2019 am 13.02.2019.

Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Tätigkeit (Entschädigungssatzung)

Vom 26.01.2010

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Aufwandsentschädigung für Stadträte, Ausschuss- und Beiratsmitglieder
§ 2	Aufwandsentschädigung für Ortschaftsräte
§ 3	Ehrenamtliche Ortsvorsteher
§ 4	Gemeinsame Regelungen für Stadtrat, Ausschüsse, Beiräte und Ortschaftsräte (§§ 1, 2)
§ 5	Entschädigung für andere ehrenamtliche Tätigkeit
§ 6	Berechnung der zeitlichen Inanspruchnahme in den Fällen des § 5
§ 7	Reisekostenvergütung
§ 8	Befugnis zur Datenverarbeitung
§ 9	Inkrafttreten, Außerkrafttreten

§ 1

Aufwandsentschädigung für Stadträte, Ausschuss- und Beiratsmitglieder

(1) Stadträte erhalten für die Ausübung ihres Amtes eine pauschale Aufwandsentschädigung im Sinne von § 21 Abs. 2 SächsGemO. Diese wird gezahlt

- a) als monatlicher Grundbetrag in Höhe von 60,00 €;

- b) als pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 47,00 € zum Ausgleich einer vollständigen papierlosen Korrespondenz zur Sitzungsvor- und –nachbereitung. Dieser Entschädigungsanteil beinhaltet 80 % der auf fünf Jahre aufgeteilten Anschaffungskosten der dafür erforderlichen Hard- und Software. Der Entschädigungsanteil enthält darüber hinaus die pauschalierten Verbrauchskosten für Papier und Toner sowie die Kosten eines Internetanschlusses;
- c) als Sitzungsgeld je Sitzung in Höhe von 40,00 €;
- d) als Sachentschädigung durch Aushändigung einer Parkgenehmigung zum kostenlosen Parken im Stadtgebiet (Ausnahmegenehmigung);
- e) nur an Fraktionsvorsitzende: als Aufwandsentschädigung in Höhe von 20,00 € zusätzlich zum monatlichen Grundbetrag nach Buchstabe a) (Funktionszulage).

(2) Die Parkgenehmigung wird mit Beginn der Legislaturperiode, danach jeweils zum Jahresbeginn ohne Antrag ausgegeben. Sie wird nur auf ein Kfz.-Kennzeichen ausgestellt. Ihre Gültigkeit endet:

- jeweils am 31.01. des Folgejahres,
- bei Ausscheiden aus dem Stadtrat,
- am Ende der Wahlperiode.

Sie ist nach Ablauf der Gültigkeit unaufgefordert an die Stadtverwaltung zurückzugeben.

(3) Die sonstigen Mitglieder der Ausschüsse und Beiräte des Stadtrates erhalten in Ausübung ihres Amtes eine pauschale Aufwandsentschädigung im Sinne von § 21 Abs. 2 SächsGemO. Diese wird gezahlt:

- a) als monatlicher Grundbetrag in Höhe von 5,00 €
- b) als Sitzungsgeld je Sitzung in Höhe von 13,00 €.

(4) Die Zahlung der Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 schließt eine Zahlung nach Abs. 3 aus.

§ 2

Aufwandsentschädigung für Ortschaftsräte

(1) Ortschaftsräte erhalten für die Ausübung ihres Amtes eine pauschale Aufwandsentschädigung im Sinne von § 21 Abs. 2 SächsGemO. Diese wird gezahlt

- a) als monatlicher Grundbetrag in Höhe von 30,00 €
- b) als Sitzungsgeld je Sitzung in Höhe von 13,00 €.

(2) Die sonstigen Mitglieder des Ortschaftsrates erhalten in Ausübung ihres Amtes eine pauschale Aufwandsentschädigung im Sinne von § 21 Abs. 2 SächsGemO. Diese wird gezahlt

- a) als monatlicher Grundbetrag in Höhe von 5,00 €
- b) als Sitzungsgeld je Sitzung in Höhe von 13,00 €.

(3) Die Zahlung der Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 schließt die Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach Abs. 2 aus.

§ 3

Ehrenamtliche Ortsvorsteher

(1) Die Höhe der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Ortsvorsteher richtet sich nach § 155a des Sächsischen Beamtengesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. Juni 2018 (SächsGVBl. S. 458) und durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juni 2018 (SächsGVBl. S. 430) geändert worden ist. Darüber hinaus erhalten die Ortsvorsteher als Sachentschädigung eine Parkgenehmigung zum kostenlosen Parken im Stadtgebiet (Ausnahmegenehmigung).

(2) Neben der Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 wird ehrenamtlichen Ortsvorstehern keine Entschädigung für die Mitgliedschaft im Stadtrat, seinen Ausschüssen oder Beiräten und kein Sitzungsgeld für die Teilnahme an Sitzungen dieser Gremien gewährt (§ 155a Abs. 4 SächsBG).

(3) § 1 Abs. 2 gilt für Ortsvorsteher entsprechend.

§ 4

Gemeinsame Regelungen für Stadtrat, Ausschüsse, Beiräte und Ortschaftsräte (§§ 1, 2)

(1) Mit der in § 1 und 2 geregelten Aufwandsentschädigung sind mit Ausnahme der Reisekosten nach § 7, alle Auslagen, der Verdienstaufschlag, der Aufwand an Zeit und Arbeitsleistung sowie die Haftungsrisiken abgegolten. Nicht abgegolten ist der Aufwand für die Tätigkeit als ehrenamtlicher Oberbürgermeister und für Sonderaufgaben für einzelne Stadtratsmitglieder, die ausdrücklich durch Beschluss des Stadtrates beauftragt werden, wie beispielsweise die Vertretung der Stadt in der Mitgliederversammlung eines Vereins. Hierfür kann das beauftragte Stadtratsmitglied neben den Reisekosten nach § 7 eine Aufwandsentschädigung nach § 5 verlangen.

(2) Das Sitzungsgeld wird bei mehreren, unmittelbar aufeinander folgenden Sitzungen desselben Gremiums nur einmal gezahlt.

(3) Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn der Anspruchsberechtigte sein Amt ununterbrochen länger als 3 Monate tatsächlich nicht ausübt, für die über 3 Monate hinausgehende Zeit.

(4) Das Sitzungsgeld entfällt bei Fernbleiben von der Sitzung.

(5) Die monatliche Aufwandsentschädigung und das Sitzungsgeld werden bis zum 15. des Folgemonats gezahlt.

§ 5

Entschädigung für andere ehrenamtlich Tätige

(1) Ehrenamtlich Tätige, die nicht unter die §§ 1 bis 3 fallen, erhalten den Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstaufschlages nach einheitlichen Durchschnittssätzen (§ 21 Abs. 1 Satz 2 SächsGemO). Ehrenamtlich Tätige, bei denen kein Verdienstaufschlag entsteht, erhalten den gleichen einheitlichen Durchschnittssatz als Ersatz ihrer Auslagen und für ihren mit der Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit verbundenen Zeitaufwand.

(2) Der Durchschnittssatz beträgt bei einer zeitlichen Inanspruchnahme

- bis zu 3 Stunden	15,00 €
- von mehr als 3 bis zu 6 Stunden	25,00 €
- von mehr als 6 Stunden (Tageshöchstsatz)	35,00 €

(3) Die Entschädigung für mehrmalige Inanspruchnahme am selben Tag darf zusammengerechnet den Tageshöchstsatz nach Abs. 2 nicht übersteigen.

(4) Für ehrenamtliche Tätigkeit, die sich über mehrere Tage pro Kalendermonat erstreckt, gelten darüber hinaus folgende Höchstsätze jeweils pro Monat:

- bis 59 Stunden:	60,00 €
- 60 bis 79 Stunden:	95,00 €
- 80 bis 119 Stunden:	120,00 €
- 120 und mehr Stunden:	150,00 €

Angefangene Stunden werden auf die volle Stunde aufgerundet. Ist der Einsatz von 40 Stunden oder mehr pro Monat vorgesehen, ist vor Beginn der Tätigkeit eine schriftliche Vereinbarung abzuschließen.

§ 6

Berechnung der zeitlichen Inanspruchnahme in den Fällen des § 5

(1) Der für die ehrenamtliche Tätigkeit nach § 5 benötigten Zeit wird je eine halbe Stunde vor ihrem Beginn und nach ihrer Beendigung hinzugerechnet (zeitliche Inanspruchnahme). Beträgt der Zeitabstand zwischen zwei ehrenamtlichen Tätigkeiten weniger als eine Stunde, so darf nur der tatsächliche Zeitabstand zwischen Beendigung der ersten und Beginn der zweiten Tätigkeit zugerechnet werden.

(2) Die Entschädigung wird im Einzelfall nach dem tatsächlichen, notwendigerweise für die Dienstverrichtung entstandenen Zeitaufwand berechnet.

(3) Für die Bemessung der zeitlichen Inanspruchnahme bei Sitzungen ist nicht die Dauer der Sitzung, sondern die Dauer der Anwesenheit des Sitzungsteilnehmers maßgebend. Die Vorschriften des Absatzes 1 bleiben unberührt. Besichtigungen, die unmittelbar vor oder nach einer Sitzung stattfinden, werden in die Sitzung eingerechnet.

§ 7

Reisekostenvergütung

(1) Bei Verrichtungen im Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Tätigkeit außerhalb des Stadtgebietes erhalten ehrenamtlich Tätige neben der Entschädigung nach §§ 1, 2, 3, 5 Abs. 2 oder 4 einen Reisekostenersatz für die entstandenen notwendigen Auslagen für Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung und Übernachtungskosten. Die Erstattung ist entsprechend §§ 5, 6 und 9 Sächsisches Reisekostengesetz vom 12. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 866, 876), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970) geändert worden ist, begrenzt.

(2) Für die Beantragung und Abrechnung entstandener notwendiger Auslagen sind die als Anlage 1 (Formular: Beantragung einer Dienstreise i.d.F.v. 18.03.2016) und Anlage 2 (Formular: Reisekostenabrechnung i.d.F.v. 18.03.2016) beigefügten Vordrucke zu verwenden.

§ 8 **Befugnis zur Datenverarbeitung**

(1) Zur Berechnung der Höhe und Zahlung der Aufwandsentschädigung für die ausgeübte ehrenamtliche Tätigkeit nach dieser Satzung ist die Erhebung folgender Daten von den ehrenamtlich Tätigen zulässig:

1. Name, Geburtsdatum und Anschrift des ehrenamtlich Tätigen
2. Daten zur Berechnung der Höhe der Aufwandsentschädigung, insbesondere die Einsatzzeit und die ausgeübte Tätigkeit
3. das Kfz.-Kennzeichen nach § 1 Abs. 2 sowie
4. Daten zur Zahlung der Aufwandsentschädigung, insbesondere die Bankverbindung.

(2) Die personenbezogenen Daten werden 10 Jahre aufbewahrt.

(3) Bei der Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten sind die Vorschriften der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

(§ 9 **Inkrafttreten, Außerkrafttreten)**

Anlagen

Anlage 1: Beantragung einer Dienstreise

Anlage 2: Reisekostenabrechnung